Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 183 (2017)

Heft: 6

Artikel: Sicherheitslage Schweiz : "Wir stehen früh auf, sind aber zu spät wach"

Autor: Bölsterli, Andreas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-681627

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sicherheitslage Schweiz: «Wir stehen früh auf, sind aber zu spät wach»

Im Frühjahr dieses Jahres empfing Regierungsrat Pierre Maudet (GE) die ASMZ und die Revue Militaire Suisse (RMS) zum Gespräch. Einschätzung der Lage aus Sicht der Genfer Behörden und Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane auf Stufe Bund und Kantone waren die Themen.

Andreas Bölsterli, Chefredaktor

Herr Regierungsrat, wie beurteilen Sie die Sicherheitslage für die Schweiz im Allgemeinen und für Genf im Besonderen?

Ich beurteile die Lage als relativ unsicher, die Gefahr als erhöht. Ich nenne zwei Faktoren:

Die Schweiz ist nicht mehr nur Zufluchtsort, sondern auch potenzielles Ziel für Terroristen. Wir haben mehr als 100 km gemeinsame Grenze mit Frankreich, einem Land, das akutell mit Notrecht regiert wird. Die Bedrohung dort ist greifbar und alltäglich. Die eingesetzten Kräfte spüren das und sie werden müde. Das Risiko Terror betrifft uns auch wegen unseres Flughafens. Dieses Tor zu allen Kontinenten fertigt jährlich 16 Mio. Passagiere ab. Wenn wir also die geografische Lage, die internationalen Organisationen und den Flughafen in die Lagebeurteilung mit einbeziehen, stufe ich die Risikolage Terror als erhöht ein.

Die zweite Gefahr ist die Cyber-Bedrohung. Bei diesem Risiko spreche ich auch als Wirtschaftsminister meines Kantons, der feststellen muss, dass die Zahl der Cyber-Angriffe massiv ansteigt. Ein neues Kriminalitäts- und Geschäftsmodell, das stark wächst.

Trifft diese Beurteilung auch für andere Kantone zu?

Die Risiken in den Kantonen sind recht unterschiedlich. Im Januar war ich in Davos am WEF. Während dieser Zeit besteht zweifellos eine akute Gefährdung. Meinem Kollegen Christian Rathgeb erklärte ich, dass die Lage, wie sie sich in Davos während vier Tagen präsentiert, in Genf während 361 Tagen Alltag ist.

Die Präsenz der internationalen Organisationen führt in Genf zu einer anderen Lagebeurteilung. Die Zahl der Konferenzen und Gipfeltreffen ist massiv gestiegen. Die Sicherheitskräfte müssen flexibel sein, und es braucht viel Verständnis im Umgang zwischen ihnen und den Veranstaltern.

Auch Bern mit der Hauptstadt hat Risiken im diplomatischen Umfeld. Zürich hat eigene Herausforderungen, denken Sie nur an die Grösse der Stadt. Und Basel im Dreiländereck muss noch zusätzliche Kriterien beachten.

Heisst das, dass der Bund in seinem Sicherheitspolitischen Bericht die Risiken der Kantone zu wenig anspricht?

Die Situation hier in Genf beurteile ich wirklich als eine Besondere. Wir erarbeiten daher für den Kanton eine eigene Beurteilung der Sicherheitslage auf strategischer Stufe. Wir haben die gleichen Ziele der Zusammenarbeit wie der Bund, aber in Genf ist diese Kooperation teilweise anders aufgebaut und umgesetzt, als es im Bericht des Bundes dargestellt wird.

Tatsache ist, dass in Genf die Landesgrenzen nahe sind, und die Migration eine grosse Herausforderung darstellt, um ein Beispiel zu nennen. Ich meine nicht, dass jeder Kanton einen eigenen Sicherheitsbericht verfassen muss, aber für uns ist es wichtig, sich mit den eigenen spezifischen Herausforderungen auseinanderzusetzen. Denken Sie daran, dass allein auf dem kleinen Territorium des Kantons Genf viele Partner zum Einsatz kommen: Die Kantonspolizei, die Gemeindepolizei, die Transportpolizei, das Grenzwachtkorps, die Bundespolizei und die Armee. Ich habe vier Ansprechstellen auf Stufe Bund. Ohne Koordination läuft da vieles falsch; es gibt noch Optimierungspotenzial zwischen Genf und Bern.

Pierre Maudet im Gespräch mit Alexandre Vautravers (RMS) und Andreas A. Bölsterli (ASMZ) v.l.n.r. Bild: ASMZ

Cyber ist in aller Munde und doch fehlt ein gemeinsames Vorgehen. Muss der Bund die Führung übernehmen?

Das Hauptproblem in der Frage, die Sie stellen, liegt im Verständnis der Cyber- Risiken. Man ist sich schon in der Lagebeurteilung nicht einig. Noch sind sich nicht alle dieser Gefahr wirklich bewusst, für viele ist das Ganze zu «virtuell». Teile der Privatwirtschaft wollen auch nicht zugeben, dass sie angegriffen worden sind, die Polizei erhält kaum entsprechende Anzeigen. So haben zum Beispiel die Banken Angst, dass Polizisten in ihren Computersystemen nach Angriffsspuren suchen.

Wenn wir sehen, welche Summen andere Ländern in die Bekämpfung der Cyber-Attacken und -Kriminalität investieren, müssen wir bei uns leider einen grossen Rückstand feststellen. Ich habe in Genf die eingesetzten Mittel im Kampf gegen die Computerkriminalität deutlich erhöht. Aber es sind doch nur rund ein Dutzend Leute, die sich damit befassen, und das ist sehr wenig.

Eine nationale Strategie ist zwingend, und es braucht den «top-down»-Ansatz, weil sonst zu wenig geschieht. Man muss die Anstrengungen bündeln und auf Stufe Bund handeln. Die Erfahrung zeigt leider, dass es zuerst eine negative Überraschung braucht, bis die Einsicht zum Handeln kommt.

Vielleicht hilft hier ja das neue Nachrichtendienstgesetz. Dient es der Erkennung neuer Gefahren?

Es ist ja eigentlich bewundernswert, dass wir das einzige Land sind, das dem Volk eine Abstimmung über den Nachrichtendienst ermöglicht. Wir können nun besser antizipieren, dies allerdings auf einem tiefen Niveau, gewissermassen «als Minimum des Minimums». Das Gesetz setzt enge Grenzen und Schranken bis zur Auslösung einer Aktion. Da sind wir gegenüber unseren Nachbarn mit unseren langen Entscheidungswegen noch nicht glaubwürdig genug. Dazu kommt, dass der Bund zwar zusätzliche Stellen spricht, diese aber auf drei Jahre beschränkt. Es braucht einen Wechsel in Kultur und Mentalität, damit diese Arbeitsplätze langfristig gesichert werden, um Resultate zu erreichen, die dem Niveau eines guten Nachrichtendienstes entsprechen.

Das Gesetz tritt ja wahrscheinlich im September dieses Jahres in Kraft. Was darf man in der praktischen Umsetzung erwarten?

Offensichtlich ist man vorsichtig beim Erarbeiten der Verordnung. Man geht gewissermassen «auf den Fussspitzen». Man sollte die Umsetzung offensiver angehen. Wir müssen das Niveau und das Können rasch anheben, um mit ausländischen Partnerdiensten auf Augenhöhe arbeiten zu können. Der Aufbau dieser Fähigkeiten lässt sich nicht so nebenher erreichen. Es ist wie häufig in der Schweiz, «wir stehen zwar früh auf, erwachen aber zu spät». Genf ist Weltstadt des Nachrichtendienstes. Denken Sie nur an die grosse Zahl der hier akkreditierten Diplomaten. Wir haben schlicht zu wenig fähige und gut ausgebildete Nachrichtendienstleute. Wenn, wie zu Beginn dieses Jahres, in Davos das WEF läuft, in Genf die Zypern-Verhandlungen geführt werden und der Besuch des Chinesischen Präsidenten ansteht, dann haben wir auch schweizweit zu wenig Ressourcen. Es geht nicht nur um die Anhebung der Bestände, sondern auch um eine Erhöhung der Qualität der Zusammenarbeit mit allen Partnern im Nachrichtenverbund.

Sprechen wir von Ressourcen. Wie beurteilen Sie die Bereitschaft der Armee?

In Genf werden Sie Leute finden, die von den früheren Alarmformationen nach wie vor und absolut überzeugt sind. Wir haben das ja mit dem Flughafenbataillon erlebt und gepflegt. Es gibt nichts Besseres als Einheimische, die vor Ort leben und den Einsatzraum kennen. So gesehen, geht die Weiterentwicklung der Armee in die richtige Richtung. Persönlich setze mich für eine starke Territorialregion ein, diente ich doch selbst als Offizier in einem Katastrophenhilfebataillon und weiss, was es bedeutet, über rasch einsetzbare Mittel zu verfügen.

Also ist die Stärkung der Regionalisierung ein Gewinn für den Kanton, indem er einen einzigen Ansprechpartner für alle Fragen hat?

Ja, wenn sich das bestätigt, dann ist das eine gute Lösung. Wenn der Kdt der Ter Reg zum Kdt der Ter Div wird, habe ich weiterhin einen einzigen Ansprechpartner für Fragen der Sicherheit und der Unterstützung. Und wenn er auch über die Mittel verfügt, die eingesetzt werden können, schätze ich das. Nun gehören in Zukunft ja auch Infanterieverbände zu diesen Mitteln, und das ist für mich ideal.

Die Abläufe im Notfall, nehmen wir als Beispiel den Flughafen Genf, sind eingespielt und haben sich bewährt. Wir wollen die Zusammenarbeit weiter und regelmässig trainieren und das mit möglichst vielen Partnern des Sicherheitsverbundes gleichzeitig. Die nächste grössere Übung hier in Genf findet gegen Ende Jahr statt. Sie steht unter dem Zeichen der Terrorbedrohung und ist auch ein Vorlauf für die SVU 19 (Sicherheitsverbundsübung 19). Das ist für uns eine grosse Chance, aber auch eine Gelegenheit um zu zeigen, dass wir in Genf mit ganz besonderen Risiken umgehen können und müssen.

Seit jeher der Politik verpflichtet, hat Pierre Maudet die Stufen als Gemeinderat, anschliessend im Stadtrat der Stadt Genf, im dem er von 2011 bis 2012 als Stadtpräsident amtete, erklommen. Im Juni 2012 wurde er Regierungsrat und 2013 mit einem Glanzresultat wieder gewählt. Verantwortlich für Sicherheit und Wirtschaft für den Kanton Genf, hat er mehrere Mandate als Verwaltungsrat inne. Auf Stufe Bund hat er die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen von 2005 bis 2015 präsidiert.
Mit einem Masterdiplom im Recht der Universität Freiburg, diente der ehemalige Hauptmann der Schweizer Armee bei den Rettungstruppen. Seine berufliche Laufbahn hat er in der Kommunikation und im Eventmanagement begonnen.

Sie erarbeiten einen Sicherheitspolitischen Bericht von und über Genf, gibt es da schon konkrete Erkenntnisse und Folgerungen?

Die Entstehung dieses Berichts ist ein iterativer Prozess. Nicht nur der Bericht selbst, sondern auch der Entstehungsweg ist mir wichtig. Der Bericht präsentiert eine Lagebeurteilung und stellt die Stärken und Schwächen unseres aktuellen Sicherheitsdispositivs dar. Der Bericht soll Antworten auf die Fragen geben «was ist zu tun» und «welches sind die Risiken».

Wir haben die Tendenz, immer zuerst nach dem «wie» zu fragen. Unsere Ergebnisse lassen sich in drei Punkten zusammenfassen: Stärkung der Zusammenarbeit über alle Ebenen, Entwicklung und Förderung eines echten Willens zu Zusammenarbeit und Kooperation sowie Bündelung von Ressourcen und Stärkung der Interoperabilität der gemeinsamen Mittel und Strukturen. Weiter müssen wir unsere Fähigkeiten zur Antizipation weiter bringen, den Nachrichtenverbund und den Umgang mit dem Risikomanagement verbessern sowie die Fähigkeiten zur Führung aus dem Stand fördern.

Und dieser Bericht – wenn ich Sie richtig verstehe – ist die Basis für die geplante Übung?

Nein, nicht wirklich. Es sind zwei verschiedene Wege. Der Bericht zur Sicherheit ist gewissermassen die Strategie des Kantons mit Blick bis hin zum Jahr 2030. Er soll alle Einflüsse, positive und negative, aufzeigen, welche die Sicherheit des Kantons Genf beeinträchtigen können. Die Übungen sollen Konsequenzen aus dem Bericht zeigen und Möglichkeiten schaffen, die Inhalte des Berichts zu testen und zu verifizieren. Wir nehmen am Beispiel der diesjährigen Übung mit dem Thema Terrorismus ein Szenario heraus, um damit zu üben. Die Übung ist also keine direkte Antwort auf die Sicherheitsstrategie.

Die Erhöhung der Bereitschaft der Armee ist ein wichtiges Anliegen. Ist das auch beim Bevölkerungsschutz ein Thema?

Wir sind daran, das Dispositiv für die Sicherheit zu überarbeiten. Das bedeutet, dass wir das gesamte Sicherheitsdispositiv hinterfragen und überprüfen. Also nicht nur den Bevölkerungsschutz, auch die Feuerwehr z.B. wird zum Thema. Das Jahr 2017 ist ein wichtiger Meilenstein im Bereich der Regelungen in diesen Diensten, damit sie einsatzbereit sind und bleiben. Mit der Übung wollen wir die Interaktionen kantonsintern und mit externen Partnern überprüfen und verbessern.

Wäre es eine Möglichkeit, dem Bund und anderen Kantonen am Beispiel Ihrer Übung in diesem Herbst zu zeigen, wie Sie mit diesen Risiken umgehen?

Nein, das glaube ich nicht – es ist ja eine Übung und keine Demonstration – also keine «heisse Übung». Im Jahr 2015 haben wir ein Training zum Thema Flugzeugabsturz durchgeführt – sie war kein Erfolg. Dazu sind wir auch gestanden – ich sagte «Nicht erfüllt», und wir haben die Konsequenzen daraus gezogen. Aus diesen Fehlern lernen, das ist für mich entscheidend und nicht, ob eine Übung besser ist als die andere.

Eine grosse Herausforderung für die Armee sind die Bestände – viele Wehrpflichtige leisten zivilen Ersatzdienst. Wie sehen Sie die Zukunft der Allgemeinen Wehrpflicht?

Ich war Mitglied der Studiengruppe Dienstpflichtsystem nicht zuletzt deshalb, weil ich neuartige Ideen einbringen wollte. Für mich ist die an der Urne bestätigte Wehrplicht keine Wahl, sondern eben eine Pflicht. Es braucht klare Regeln, der «blaue Weg» ist zu leicht zu haben, der Zivildienst wird von vielen am Ende der RS gewählt, weil sie dann einen grossen Teil der Diensttage bereits geleistet haben. Ich stelle heute auch fest, dass ein Drittel der Jungen, die Dienst leisten, eigentlich «Eingebürgerte» sind. Das ist eine gesellschaftliche Realität, die mit ihren Auswirkungen auch die Armee betrifft. Auch mit den «Secondos» können wir die Bestände nicht erreichen. Wenn wir beim Status quo bleiben, wird es in Zukunft nicht mehr reichen. Die Frage stellt sich also, ob eine Sicherheitspflicht für Mann und Frau zum Thema wird und man dann wählen kann, in welchem Bereich der Sicherheit man sich einsetzen will.

Es gibt ja bereits Ideen seitens des BABS, dass man Zivildienstleistende im Bevölkerungsschutz einsetzen könnte – ein gangbarer Weg?

Das scheint mir sehr komplex. Meine Vision zu diesem Thema ist eigentlich eine einfache: Solange die Wehrpflicht in der Verfassung verankert ist, soll sie Pflicht sein und bleiben. Allenfalls braucht es Anpassungen z.B. im Bereich der Quote für die Durchdiener. Aber im Kern muss es dabei bleiben: Zuerst Pflicht für die Sicherheit, dann allenfalls in anderen Bereichen der Sicherheit/Bevölkerungsschutz und eventuell als letzte Wahlmöglichkeit ein anderer Dienst zugunsten der Gemeinschaft.

Herr Regierungsrat, die ASMZ dankt Ihnen herzlich für dieses Gespräch und die Wertschätzung, die Sie damit unserer Zeitschrift gegenüber zeigen. Wir wünschen Ihnen auch im Namen unserer Leserinnen und Leser für Ihre anspruchsvolle und wichtige Aufgabe viel Erfolg und persönliche Genugtuung. ■

Cyber Observer

Das Thema «Darknet» ist regelrecht in den Massenmedien angekommen. Der schwierig zugängliche Teil des Internets wird von Cyber-Kriminellen genutzt, um gestohlene und illegale Waren zu handeln. Was früher in einschlägigen Foren im regulären Web angeboten wurde, wird zunehmend in den verborgenen Teil des Internets gedrängt: Drogen, Waffen und Daten – Wer suchet, der findet!

Die Investigation im Darknet gestaltet sich schwierig, da technische, fachliche und rechtliche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um Erfolge verbuchen zu können. Umso mehr freut es zu sehen, dass in den letzten Monaten regelmässig Fahndungserfolge im digitalen Raum verkündet werden können: Der illegale Handel von Waffen oder der Vertrieb von Falschgeld konnte so punktuell gestört werden. Die Ermittlungsbehörden nehmen das Thema ernst.

Zeitgleich beklagen sich Kollegen in Österreich, Deutschland und der Schweiz gleichermassen, dass ihnen die konkrete politische Unterstützung fehlt. Dies fing bei konservativer Gesetzgebung an, geht über nicht einforderbare Stellenprozente bis hin zu schlichtweg fehlendem Budget. Diese drei Einschränkungen sind die drei wichtigsten Vorteile der Verbrecher.

Das Thema Cybercrime wird die klassische Kriminalität mit ihren physischen Ein- und Auswirkungen nicht vollständig ablösen können und wollen. Es wird aber auch da teilweise eine «digitale Transformation» stattfinden. Und damit tun sich neue Betätigungsfelder und Geschäftsmöglichkeiten für zwielichtige Gestaltet auf.

Das Thema stiefmütterlich zu behandeln und in der Hoffnung abzuwarten, dass sich das Problem selber lösen wird, ist kurzsichtig und naiv. Aus diesem Grund sollte nicht nur über digitale Ermittlungen diskutiert, sondern diese konkret und zielgerichtet durchgeführt werden. Und zwar zukünftig mit noch mehr von der Politik eingesetzter Entschlossenheit.

Oblt (Zivilschutz) Marc Ruef
Head of Research, Würenlos